

Volkstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. BraunschstraÙe 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 6407

Nr. 104 Preis: Monatlich 1,75 Mk. bei Haus, bei
Abnahme 1,60 Mk. Bei den Postämtern monatlich
5,25 Mk., ohne Befreiung Einnahmen 15 Mk. Halle, Dienstag, den 22. Juli 1919 Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeter-Zeile
20 Zeilen, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Zeilen.
— Schluss der Anzeigen-Nachnahme vormitags 10 Uhr. — 3. Jahrgang

Der Streik war unsinnig — sagt die unabhängige Zentralleitung.

Halle, den 22. Juli.
Der 21. Juli sollte der Protesttag des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus und Imperialismus werden. Nichts ist nach dem übermütigen Triumphzuge des Generalstreiks mehr not getan als ein wirksamer Protest der gesamten Arbeiterklasse. Es ist nichts daraus geworden, die englischen und französischen Arbeiter, auf deren Handeln es hier vor allem ankommt, haben nicht einmal zu einem Schlage ausgesetzt, sie haben die deutschen — streifen lassen, deren Streifen zur Stunde den siegreichen Imperialisten nicht schadet, das

deutsche Volk aber um so schwerer trifft. Die englischen Arbeiter haben von Anfang an eine Beteiligung am Streik abgelehnt, die französischen Sozialisten sind in letzter Stunde zurückgewichen, und in Italien haben zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen fundiert, das heißt am Streik am 21. Juli nicht teilgenommen. Über das Zurückweichen der Franzosen wurde unter dem 20. Juli ein Verlaufsbericht gegeben, das nach einer Unterredung mit Clemenceau der Verwalterrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes beschlossen hat, den für den 21. Juli geplanten Ausmarsch zu vertagen. Clemenceau hat in dieser Unterredung kategorisch gesagt: Ich dulde politische Streiks nicht. Daraufhin hat von Anfang an wohl genormter, der Streik, der nur wirtschaftlichen Charakter trage, richtig sich gegen die Lebensmittellieferung. Trotsch aber hat an vor Clemenceau kapituliert und auch den wirtschaftlichen Streik abgelehnt.

Im Gegensatz zu den Sozialisten der Centralländer, deren Streik Wert gehabt hätte, wenn deutsche Arbeiter, deren Streik auf die Entscheidung der Entente-Mächte keinen Einfluss hat, wozu es getreift. In Deutschland ist wegen der hohen Freiheiten nun einmal das Streiken leichter und das Protestieren weniger gefährlich, hier hat es die Emagorie der Unabhängigen zuwege gebracht, einen Teil der deutschen Arbeiter

zum Streik ergehen zu lassen. Aktionen müssen nun einmal sein, damit die große unabhängige „Zee“ nicht in Vergessenheit fällt. Nur recht ist es nach deren Logik, wenn dabei nicht nur und allein die Arbeiter die Beschlüsse, auch bedürftig ihre Unzufriedenheit über den Streik, auch der unabhängigen Sache „geben“. Die Mehrheitssozialisten haben trotz aller Sympathie mit der „Aktion“ unserer Ententegenossen von dem Streik abgesehen, und in dem größten Teil Deutschlands hat man wohl demonstriert, aber nicht streikt. Nur wo die Unabhängigen das Wort in der Hand haben, vor allem im Halle'schen Bezirk, da sie mit allen Mitteln darauf hingearbeitet, diesen durch Arbeitsruhe gegen den Gewerkschaften „protestieren“. Und man hat damit viele Arbeiter in den Streik gerissen, die den Streik unter anderen Parolen abgelehnt hätten. Man hätte aber, wie auch die Protestbedingungen der Unabhängigen beweisen, das ganz anders im Sinne. In der Resolution der Nationalrat der französischen Sozialisten am 20. Juni angenommen hatte, war wohl die Rede von einem Protest gegen die militärische und diplomatische Intervention in Ungarn und Rußland, dem Protest gegen die Forderung und die Langsamkeit der Demobilisierung, aber kein Wort vom Weltstreik. Die Unabhängigen begnügen ihren Selbstgefühl aber vor allem damit, das das gesamte internationale Proletariat gegen den Weltstreik ein Verlaufsbericht zu lassen.

Die Lage der Unabhängigen
Sagt sich nach dem Bekanntwerden der französischen Resolution (am 19. Juli) in ihrer ganzen Erbärmlichkeit. Nicht gegen den Weltstreik streifen sie, sondern einzig und allein darum, um Deutschland in die schlimmsten Verhältnisse nach weiter westlich zu ziehen. Die Gewerkschaften und die Unabhängigen gegenüber den Arbeiter des deutschen Volkes hat sich auch diese Internationalisten nicht anders verhalten, als die

immer weiter und immer mehr soll das deutsche Volk jungfern. Die Produktion von Waren ist unsere einzige Rettung aus der schweren Not, weil wir nur mit Arbeit die Lebensmittel bezahnen können, die wir vom Ausland begehren, und nur durch Arbeit aus unserer völligen Arbeitslosigkeit wieder zu Kraft kommen können. Darum ist jeder Streiktag ein Verbrechen an dem deutschen Volke, und auch der gestrige Streik kann nichts anderes sein. Die Unabhängigen und Kommunisten, die jede Gelegenheit zum Streik ausnützen wollen und auch gestern zum Streik aufriefen, sind

die Totengräber des deutschen Volkes. Die Totengräber der deutschen Revolution, die Arbeiterklasse muß ihnen die Gefolgschaft aussagen, um ihrer selbst willen.

Die Unabhängigen genügen auch bei dieser Gelegenheit ihrem Lebensbedürfnis und in ihrer berühmten Manier, wir Mehrheitssozialisten wären Vertreter am Sozialismus. Auch das Volkshat geteilt in diesem Sinne am Sonnabend gegen unsere Partei und ihrigt ihr großmütig den letzten Rest sozialistischen Empfindens ab. Das jedoch die Stellung unserer Partei die richtige ist, wird jetzt auch durch ein Schreiben der unabhängigen Zentralleitung bestätigt. Die Münchener Unabhängigen hatten sich bereits vor längerer Zeit mit einer Anfrage an den Zentralvorstand der U.S.P.D. gewandt, was dieser für den 21. Juli beabsichtige. Das Organ der Münchener Unabhängigen. Der Kampf, veröffentlicht nun die Antwort, die ihm seitens der Zentralleitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands zugegangen ist, in der Nummer vom 17. Juli. Das Schreiben lautet wörtlich:

„In verchiedenen Parteifreien des ganzen Reiches ist die Meinung vertreten, als ob am 21. d. M. zusammen mit den Parteigenossen Italiens, Frankreichs, Englands und Hollands auch die deutschen Arbeiter in einen Demonstrationstreik eintreten sollten. Diese Auffassung ist eine irrige. Die Gründe, die die Brüder in den anderen Ländern bestimmen, finden unsere volle Würdigung, treffen aber für die deutschen Verhältnisse nicht zu. Eine Aktion wird also von den deutschen Unabhängigen sozialistischen Partei am 21. d. M. nicht beabsichtigt.“

Es ist also festzustellen, daß sich unsere Auffassung genau mit der des Zentralvorstandes der Unabhängigen deckt. Danach hat auch die oberste Instanz der Unabhängigen Partei, die ja später umgefallen ist, aber auch in ihrem Aufruf vom Streik nichts sagt, jede Spur sozialistischen Empfindens verloren. Den Unabhängigen geht nun einmal

nichts über ein bißchen Leben, und gegen unsere Partei zu haben, ist ihnen Lebenswage, sie tun es selbst auf die Gefahr hin, daß sie sich selbst ins Gefäß schlagen.

Auch die Reaktion hat natürlich den 21. Juli nicht vorbegehen lassen, um ihr Schwärze zu fügen. Die Halle'sche Zeitung schreibt von Rombe und die madlen Dokumenten und fügt ihren Refers vor, die Mehrheitssozialisten hätten erst zum Streik aufgerufen und wären nachher umgefallen. Kein Wort ist davon wahr, alle unsere Instanzen haben sich von vornherein gegen einen Streik an diesem Tage gewendet. Bezeichnend ist aber doch, daß das reaktionäre Blatt wie alle seine Komponenten sein Gift vor allem gegen die Mehrheitssozialisten verpritzt und die Unabhängigen ziemlich angefahren läßt. Sie suchen eben mit Recht in uns den größeren Feind ihrer gegenrevolutionären Bestrebungen und lassen all die Fabeln von der innigen Seelenverwandtschaft mit den Sozialisten von links, die auch nichts anderes wollen, als Deutschland zerfallen, leiten.

Die Waffe des Generalstreiks ist von den Sozialisten seit Jahren so oft herangezogen worden, daß sie anfangt, stumpf zu werden. Wir Mehrheitssozialisten haben davon, wo es möglich war, wirksam gegen die Entfremdung Deutschlands, gegen den Weltstreik und die

hatten aber keine Ursache, die Deutschland geschlagenen Kunden durch einen Streik fänslich noch weiter aufzurufen. Das fortwährende Generalstreifen muß das deutsche Volk nur tiefer ins Elend führen, dagegen müssen wir uns wenden und werden wir uns immer wenden.

Ein unsinniger Streik
war es auch nach der Erklärung der unabhängigen Zentralleitung. Trotsch mußte gestreift werden. Aber auch die Stunde wird kommen, wo der letzte Arbeiter sich mit Ekel von den Hengeln abwendet, die ihm goldene Berge versprechen, in Wirklichkeit aber nach seinem Leben trachten, um sich an seinem Blute zu rächen.

Das deutsche Proletariat hat demonstriert, ehrlich und gläubig, wie es an der Internationale hängt. Unbefürchtet wird es weiter seinen Weg gehen, der zum Siege führt, nicht nur über den feindsüchtigen Imperialismus und die heuchlerischen Arbeiterfreunde, sondern auch über die Reaktionsäre und politischen Strauchritter aller Art.

Kein Generalstreik in England, Frankreich und Italien.

WTB. Berlin, 21. Juli. Von unterrichteter Seite erfahren wir: In Frankreich streifen die Arbeiter, werden aber und die Verkehrsmittele, wie Post und Telephonie, nicht. In England ist von Streik nicht die Rede. In Italien nur an einzelnen Orten. Wo gestreift wird, werden wirtschaftliche Forderungen als Grund angegeben.

Berlin, 21. Juli. Die „Vollstg.“ meldet aus Rom: Der erste Tag des Streiks, der 20. Juli, ist in Rom ruhig verlaufen. Kaffees und Restaurants bleiben geöffnet. Die Straßenbahn verkehrt. Nachrichten aus der Provinz sind noch nicht bekannt, da die Zeitungen nicht erschienen sind. Der heutige Sonntag ist ein Mißerfolg für die Streikenden, und wenn der Montag ebenso ausfällt, so wird das ein schwerer Schlag für die sozialistischen Organisationen. Die meisten Häuser tragen nationalen Flaggenschmuck als Demonstration gegen den internationalen Charakter des Streiks.

Auch in Holland ist nicht gestreift worden.
Der internationale Protesttag in Deutschland.

WTB. Berlin, 21. Juli. Aus der „S. a. M.“ ist zu entnehmen, daß, wie angekündigt, die Straßen- und die Untergrundbahn heute nicht verkehren. Dagegen befinden sich die Omnibusse im Betriebe, und auch die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen fahren. Der gewaltige Andrang, wie in der Zeit des großen Verkehrsstreiks, war nicht festzustellen, das viele Großbetriebe feiern. In den höchsten Elektrizitätswerken ruht die Arbeit vollständig. Auch in den Gaswerken wird nicht gearbeitet. Aber die Gasversorgung ist darum heute doch nicht unterbrochen. Die Wasserleitung hat keine Störung erlitten. In einem Generalausland hat sich der Streik nicht entwickelt. In den haatlichen und häßlichen Behörden wird durchweg gearbeitet, ausgenommen in der Reichsdruckerei. Ebenso in den kaufmännischen Betrieben. Die Warenhäuser und Spezialgeschäfte sind geöffnet. Die für 12 Uhr mittags angelegten Demonstrationssammlungen der Unabhängigen sind befanntlich verboten worden. Lediglich aus den nördlichen und östlichen Vororten, aus Panow und Weihenfe, werden größere Ansammlungen unter freiem Himmel gemeldet. Bei denen viele Straßenredner das Wort führen. Auch Umzüge kleineren Umfangs haben stattgefunden. In der Brunnenstraße, Ecke Invalidenstraße, kam es zwischen Streikenden und wilden Sozialisten zu einem Zusammenstoß. Teilweise hat man Wogen umgestürzt. Im Weichbild des eigentlichen Berlins sind Demonstrationen nicht vorgekommen.

Der Proteststreik ist im ganzen Reiches ruhig verlaufen, nur in Berlin ist es zu geringfügigen Aufsammlungen gekommen. Darüber meldet WTB: Die Umzüge der Unabhängigen und Kommunisten haben wie am Freitagsmorgen, wo etwa 6000 Personen demonstrierten, und anderen Stützen im wesentlichen nach

Wage einiger Streikschiffe durch Regierungssoldaten ein schnelles Ende gefunden. Zu Zusammenkünften ist es bisher nur im Aufgärten und Unter den Linden gekommen. Als die Menge heute nachmittags gegen 2 Uhr mit roten Fahnen die Linden passierte, feuerte plötzlich ein 17-jähriger Burde ein Revolvergeschoss in die Luft. Die Regierungssoldaten forderten darauf die Menge auf, auseinanderzugehen. Als Antwort fielen mehrere Schüsse. Es wurde Befehl zum Feuer gegeben, wodurch einige Personen verletzt wurden. Nachdem die Straße Unter den Linden säubert worden war, zogen mehrere tausend Personen durch die Neue Wilhelmstraße über den Karlsplatz in nördlicher Richtung unter fortwährenden Hochrufen auf die internationale Weltrevolution und Nieder mit Regierung!, Nieder mit Hofe! Nach den bisherigen Darstellungen wurden drei Personen durch Schüsse verletzt. Eine Anzahl Personen, darunter mehrere Matrosen, wurde festgenommen. An anderen Stellen der Stadt kam es zu Zusammenkünften zwischen Führern des Streiks und ihre Vorgesetzten zur Förderung von Personen bezeugten und den Streikenden. Die Werkschutzsozialisten hielten nachmittags an 9 Stellen Versammlungen ab. Sie hatten die Parole abgegeben, die Arbeit nicht niederzuliegen, weil jede Einstellung der Arbeit ein Verbrechen am Volke sei. Als die Werkschutzsozialisten vor dem einen der Versammlungsorte erschienen, waren bereits etwa 1500 Unabhängige dort versammelt. Sie wurden durch Militär zerstreut.

Die „einige Aktion“ gegen den internationalen Kapitalismus.

22. Juli. (Ohne Gewähr). Die von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Demonstrationen, Versammlungen wurden nach einem, wie die Mehrzahl der Blätter meint, erheblichen Plan von den Unabhängigen und dem, wie der Vorbericht sagt, mit ihnen sympathisierenden Janhagel ohne Ausnahme geplatzt.

Zu einem blutigen Tumult kam es im Gewerkschaftshaus, in dem der Normars-Roboter Ruttner das Referat hielt. Seine Worte gingen alsbald in Tumult über. Als die Versammlungsleitung für Vertagung der Versammlung eintrat, bis die Ruhe wieder hergestellt sei, begann die Unabhängigen und Kommunisten eine allgemeine Schlägerei. Schreiende Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt, darunter auch der Referent. Mäßig erwiderten fünf oder sechs Revolvergeschosse, darauf löste sich der Haufe. Schreiende Flüche und Schläge lagen geträumelt umher. Die Verletzten wurden nach dem nahegelegenen Krankenhaus geschafft.

Rein Streik in Belgien.

22. Juli. Hier hat sich die Parteileitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gegen einen Ausstand am heutigen Tage ausgesprochen. Es wird daher in allen Betrieben gearbeitet, auch der Straßenbahnverkehr ist voll aufrechterhalten.

In Preisaate Schen wird die Aufforderung der A. S. N. nicht befolgt. In Belgien hat, wie die A. S. N. berichtet, die Demonstration zu keinem Streik geführt. Die Geschäfte sind geöffnet, die Straßenbahnen verkehren. In Breslau hat die Mehrzahl der Arbeiterschaft das Streifen abgelehnt. In Spandau wird in allen lebenswichtigen Betrieben gearbeitet. Es streikten die Eisenbahnen, die Gas- und die Elektrizitätswerke. Spandau ist ohne Gas und Elektrizität. In der Siemens-Itab verhindern Streikposten die Arbeitermengen in die Fabrikräume einzutreten. Am Wernecker Hütem mit der einige hundert arbeitswillige Leute die Streikposten und schlugen sie in die Flucht. In den Staatsbetrieben in Spandau wird gearbeitet.

In Düsseldorf war die Streikbeteiligung schwach. In Nürnberg freizite der größte Teil der Arbeiterschaft. In München ist voll gearbeitet worden. In Rudrevier wurde gleichfalls gearbeitet, dort fanden nur Demonstrationenversammlungen statt. In Braunschweig wurde nur teilweise gestreikt. In Kassel wurde teilweise gestreikt, in Kiel gleichfalls. In Wadgeburg streikten höchstens 10 Prozent der Arbeiterschaft. Die unabhängige Veranstaltung von Klagen, während die Demonstrationen der Werkschutzsozialisten überaus stark waren. Auch in Bamberg war die von den Unabhängigen inszenierte Streikbewegung mäßig, die Veranstaltungen der Werkschutzsozialisten dagegen stark besucht.

Sabotage der Revolution.

Deutschlands Vergangenheit belastet seine Gegenwart. Die schwierigste Zeit, die je ein Volk in der Weltgeschichte zu überwinden hatte, findet nicht das volle Bewusstsein ihrer Zeitgenossen. Die heillose Verzerrung unseres Wirtschaftslebens erheischt sozialistische Maßnahmen, die Vermittlung der Welt durch den Krieg erheischt neue Aufklärung im ethisch-sozialistischen Sinne, die Aufgaben der Zukunft verlangen sozialistische Erziehung. Doch Deutschland, ein Land intensiver Arbeitsintelligenz und tiefer wissenschaftlicher Kultur, ein politisch zu junges Volk war, um ein politisch selbständiges und reifes zu sein, war die Ursache davon, daß es einem politisch rückständigen System untertan, das es in den Abgrund riß. Auch die Revolution war, seien wir ehrlich, nicht das Ergebnis revolutionärer Notwendigkeiten positiver Art in den weitesten Kreisen des Volkes, sie war lediglich ein Zusammenbruch, eine Blüdwirkung der Kräfteüberspannung während des Krieges infolge des Bruches von außen, infolge der Niederlage. Das Ergebnis falscher Rechnung der alten Gewalthaber. Aber sie sollte mehr sein, das war das Ziel der Sozialdemokratie, die sich mit geistigen Waffen jene Mehrheit des Volkes erringen will, die notwendig ist, um mit Erfolg die sozialistische Umgestaltung unseres Staates zu vollziehen. Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung, ein so hartes Anwachen der sozialdemokratischen Wählerkraft auch dabei erreicht worden ist, war doch nicht glänzend genug, um uns die beherrschende Macht dem Bürgertum gegenüber zu verschaffen, die notwendig ist, um rasch und energisch auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts zu kommen. Rechnen wir hinzu, daß die Verpöterung der Arbeiterbewegung, die maßlose Dege von links, das Aufsteigen der Kommunisten mit dazu

betrogen, das Bürgertum immer dreister zu machen, so gehört schon eine große Portion unabhängiger Demagogie dazu, um die Sozialdemokratie für das verbotene Reich immorality's Fortschrittens verantwortlich zu machen, das sich z. B. im Schulsonnprotest offenbart. Das deutsche Bürgertum, das an Fortschritt den weltlichen Bourgeoisien mit weitem Vorprung den Rang ablässt, findet sich wieder in einer Situation, wenn es um weltliche Fortschritte, wirtschaftlicher oder kultureller Art geht. Natürlich haben es die Unabhängigen leicht, der Sozialdemokratie, die wenigstens strebt, ist, noch das Maglichste zu erreichen, ihren Sohn anzunehmen, das billige Mittel ihres politischen Lebensunterhalts. Nichtsdestoweniger: Das Bürgertum sei gemeint! Die Arbeiterkraft ist Flug genug, sich durch die Sabotage revolutionärer Weiterentwicklung durch das Bürgertum nicht zu Unflugkeiten verleiten zu lassen, die sich anderwärts wieder gerächt haben. Die Mehrheit der Arbeiterkraft von der Katastrophepolitik fast aber das Bürgertum nicht zu dem gefährlichen Versuch verleiten, seine Kraft zu treiben. Die Behinderung notwendiger einschneidender Maßnahmen in das wirtschaftliche und geistige Leben unseres Volkes muß aber zur Katastrophe führen. Das Bürgertum, das kapitalistische gesinnete der Mittelparteien, sowohl wie das geistig rückständige des Zentrums und das reaktionäre der Rechtsparteien mögen nie vergessen, daß das von ihnen geschütze und ertrebe Existenz Bankrott gemacht hat, daß jeder Versuch, diesen Bankrott rückgängig zu machen um, und so meist er sich vollzieht, aufzuhalten, nur zu einem neuen, diesmal aber endgültigen Bankrott führen muß. Das Unsel und die unaufersehlichen Folgen, die jede Katastrophe in sich birgt, kommt dann über das Haupt derjenigen, die zur rechten Zeit nichts lernen wollen!

Das Ende des Landarbeiterstreiks.

Entgegen den von den Junkern inspirierten Hebelungen haben nur die Landarbeiter in Pommern gestreikt. Im Auftrag der preussischen Regierung sind bekanntlich die Unterlaufssekretare Dr. Neiver (Juniere) und Gregeinell (Krieg) nach Pommern gefahren, um den Landarbeiterstreik zu beenden, was ihnen auch gelang ist. In seine Vorgeschieft sprach ein Landarbeiter der P. P. N. heute mit dem Unterlaufssekretar

Gregeinell. Dieser bekatigte, daß der formaleren General ganz willkürlich und eigenmächtig vorgegangen sei, ohne Berragung des Oberpräsidenten habe er die Belagerungsanstalt über weite Bezirke verlegt, in denen es ganz ruhig war. Wegen dem Einbruch aller Zivilbehörden habe er den Arbeitsmann verordnet was zur Folge habe, daß die Zahl der befreiten Soldaten sofort bedeutend ansteige. Dieser General und der weitausverbreitete Agrarierkreise in Straßburg trafen die Hauptentscheidung der preussischen Regierung. Das preussische Ministerium wird strenge Maßnahmen beschließen, um einer Wiederholung dertartigen Zustandlichkeiten unbedingt vorzubeugen.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes hat sofort Beruhigung geschaffen. Bei der Zusammenkunft der Regierungsvertreter und der Streikleitung erklärte ein Unabhängiger, ein festerer Helfer, er sei gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes. Wenn der Preussische Arbeiter würde zwar nach einigen Tagen aufgeben, aber dann würden sie mit geballten Fusteln und blutigen Furten gegen Ernst und Gewissheit an die Arbeit zu kehren. Dieser Offenherzigkeit verraten, nie sehr den Unabhängigen der Regierung, die Verhandlung und Aufhebung der unperduldlichen Gewaltmaßnahmen verstanden worden ist.

Es ist bei Beendigung des Streiks ein Landarbeiter abgeschickelt worden. Der Landarbeitertarif für den pommer. der den zehnjährigen Arbeitsstag und die Regelung zur Einbringung der Ernte erforderliche Ueberstunden versteht, im übrigen sich auf einer mittleren Linie zwischen den Forderungen der Landarbeiter und denen der Grundbesitzer bewegt, wurde gestern in Straßburg nach einstandiger Verhandlung abgeschlossen. Zur Entscheidung aller im Verlauf des Streiks ergereger Fragenkommission soll eine sofort zu bildende paritatliche Kommission zusammengetreten.

Die Niederlage der Junker.

Die ostpreussischen Junker sind auch sich vor dem über die Niederlage, die ihnen der preussische Landwirtschaftsminister durch seine Rede beibringt hat. Am 9. November lassen sie auf der Regierungskanzlei das „Schandlichste aller Wahlkreise“ machte sie gegen Herren über Breuen und damit über ganz Deutschland. „Und der König abstrah... wenn er nicht Willen hat“, in laugen ist dazu. Wie es das ganze Reich beherrscht, so auch die Landarbeiterschaft.

Amerikanische Waren für Deutschland.

Amsterdam, 20. Juli. Laut Pressebureau Rotterdam sind in Amerika 65.000 Tonnen Schiffsraum für den Handel mit Deutschland bereitgestellt. Zwei Schiffe werden demnast abreisen. Alle Schiffe fahren Ende dieses Monats oder Anfang August ab.

Postvertrag zwischen Deutschland, England und Amerika.

London, 21. Juli. Nach Reuters teilt das Postamt mit, daß jetzt wieder Post für Deutschland angenommen wird. Auch direkt von Amerika ist bereits Post in Berlin angekommen.

Die Verantwortlichkeit der englischen Kohlenbergwerke.

Dem hantburger Fremdenblatt wird aus dem Ausland gemeldet: Der Präsident der Erbsenarbeiterkongress erklärte in seiner Rede auf der Konferenz in Leeds, die seien entschlossen, die Verantwortlichkeit der Kohlenbergwerke zu erzwingen. Diese Verantwortlichkeit sei die einzige Kur für die Kohlenkrise.

Sabotage der französischen Kammer für die Regierung.

Paris, 19. Juli. (WZ). In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde über die allgemeine Erneuerung und über die Ernährungspolitik der Regierung verhandelt. Die Maßnahmen der Regierung wurden aufs schärfste angegriffen, hauptsächlich von Abgeordneten Dr. Mowat, nur Ballant, die die Politik des Ministeriums Clemenceau für vollständig verurteilt halten und erklärten, man habe, um gegen die Erneuerung anzukämpfen, die Guller erhebt, ein Gesetz gegen Spekulationen gemacht, die sich nicht darum kammern, und schließlich eine Wirtschaftskrise zu nennen, aber verstehen, daß Frankreich sich in einer uberrichtigen Lage befindet, daß es Hilfe von seinen Alliierten hätte verlangen müssen. Schließlich wurde auch die Zollpolitik aufs schärfste angegriffen, namentlich der Verfall, der Frankreich infolge unabhängig machte. Ernahrungsmittel Markt war als einzige Manahme anzuwenden und vorzuziehen die Politik des Ministeriums. Er verzur schließlich die Erneuerung anzugreifen, der auch die Debatte einleitete, das Ministerium habe sich nicht fähig erwiesen, gegen die Erneuerung anzukämpfen. Belgien und Italien hatzen Erfolge erzielt. Der Ernahrungsmittel Markt wurde die Tagesordnung Renard annehmen zu lassen. Das war die Tagesordnung Gegenfurte mit 227 gegen 213 Stimmen angenommen. Durch diese Abstimmung ist das Ministerium in die Widerlegt gebracht. Der Ernahrungsmittel Markt Clemenceau den Manahmen anbot, daß es noch ungenutzt sei angenommen wurde, und als schließlich nicht das ganze Kabinett in die Krise hineingezogen wird. Die Entscheidung soll heute vormittag fallen.

Das Kabinett wird nach neuesten Meldungen nicht zururruhen, nur der Ernahrungsmittel Markt wurde geupert und die ehemalige französische Soldatense in Petersburg, K. O. L. zum Ernahrungsmittel Markt ernannt.

Sie wollen ihn nicht haben.

Bern, 18. Juli. Laut Chicago Tribune haben die Amerikaner, Japaner und Italiener offen gegen die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers gefordert, nur den Franzosen scheint noch daran gelegen. Der Führer hat bisher keine Seite der anwesenden Personen aufgestellt, nur von anderer Seite ist eine notwandige Linie angedeutet worden.

Die „Friedensbedingungen für Osterreich.“

St. Germain-en-Laye, 21. Juli. Das Wien Korrespondenz-Bureau berichtet über den Doppelpunkt des Friedensvertrages:

1. **Wiedergutmachung.** Die im Vertrag mit Deutschland eingeschickte Reparationskommission wird zunächst eine annehmbare Summe festsetzen, die Deutsch-Osterreich im Jahre 1919 bis 1921 in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren und anderen Gütern zu leisten hat. Ferner hat die Kriegsverluste an Flugzeugen, Lizenzen, Maschinen und anderen Gegenständen zu ersetzen, wobei darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß keine industrielle Tätigkeit nicht beeinträchtigt wird.

2. **Finanzielle Bestimmungen.** Für die aus dem Friedensvertrag entpringenden Verpflichtungen wird eine erste Hypothek auf das Staatseigentum und die Staatseinnahmen gesetzt. Die Kriegsschulden werden gekemfelt. Die anderen Staaten mit Ausnahme Deutsch-Osterreichs haben keine Verpflichtung gegen die Inhaber der über ihrem Gebiet befindlichen Kriegsanleihen, aber diese Staaten und ihre Staatsanwalter haben auch einen Anspruch gegen Deutsch-Osterreich. Die im früheren Ausland befindlichen Kriegsanleihen verfallen nur Deutsch-Osterreich.

3. **Banknoten.** Innerhalb zweier Monate haben die Schuldlosen die auf ihrem Gebiet befindlichen Noten abzugeben und sie innerhalb 12 Monaten durch ihr eigenes Geld zu ersetzen. Die Deutscherisch-ungarische Bank hat sofort zu liquidieren. Die am 15. Juni 1919 im Ausland befindlichen Noten ubnehmen Deutsch-Osterreich und Ungarn allein.

4. **Verkehr.** Aenderungen des ersten Entwurfes, Streichung des Kontroversenpunktes, Teilnahme an der Konferenz zur Festschließung des neuen Donau-Regimes, Internationale Anzuehnung des belgischen Donau-Kanals und Erklärung der allgemeinen internationalen Verpflichtungen zur Duldung von Wohnstätten, Ferner Einziehung der Marsch und der Toga in das internationale Donau-Regime. Es ist ein neuer Artikel aufgenommen über die Freiheit des Transit für den Telegraf, und Telephonverkehr nach Analogie der Grundgesetze für die Freiheit des Transits beim Eisenbahn-, Schiffs- und Postverkehr.

Schriftliche Antwort in zehn Tagen.

Paris, 20. Juli. (WZ). Neuer. Duissak Aberreichte Kenner den vollständigen Text des Osterreichischen Friedensvertrages mit einem Briefe Clemenceaus, in dem dem Osterreichern zehn Tage zur Unterbreitung schriftlicher Bemerkungen eingeräumt werden.

Die Wirkung der Blockade-Aufhebung.

Berlin, 21. Juli. (WZ). Vorer die voraussichtliche Wirkung der Aufhebung der Blockade wird an zukünftigen Stellen vermutet, daß aus dem neutralen und dem bisher fehlenden Auslande große Mengen von Lebensmitteln anzugetrieben werden, zunächst freilich noch zu kleinen Preisen. Die bevorstehende Aufhebung der Blockade wird den Handel erleichtern, aber auch schaden, denn dem gewaltigen Bedarf Deutschlands entsprechen die zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel nicht. Nur ein langfristiger Kredit kann uns Zahlungsmittel für unsere dringenden Bedürfnisse schaffen. Die Mittelung ist eifrig demnast, unseren ausländischen Kredit zu heben. Angemessene Kredite würden die Welt retten und eine Senkung der Preise herbeiführen. Die Kreditgeber werden aber nur Vertrauen zu uns gewinnen, wenn dies geschehen wird. Die Aufhebung der Blockade wird eine so wichtige entscheidende Umwandlung unserer Ernährungswirtschaft nicht bringen

den Unternehmern an den Lohn- und Arbeitsbedingungen und der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mit. Die Organisationen und ihre Einrichtungen werden den Arbeiter und Angestellten erhalten geblieben. Die Betriebsräte und Betriebsleiter, die Betriebsräte und Betriebsleiter und ein Reichsarbeiterrat. Die Betriebsleiter und der Reichsarbeiter bilden mit den Vertretern der Unternehmer und sonstigen beteiligten Rollstreite Betriebsleiterorganisation und einen Reichsarbeiterrat. In deren die wichtigsten Berufsgruppen vertreten sind. Grundlegende sozialistische und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte sind dem Reichsarbeiterrat zur Beratung vorgelegt. Dieser kann solche Gesetze selbst beim Reichstag beantragen; seine Vertreter können an den Reichstagsverhandlungen darüber teilnehmen.

Neben liegen eine Reihe von Anträgen vor, darunter ein Antrag Erziehung der Sozialisten (Dem.), daß neben Betriebsleiterorganisationen ausdrücklich auch die Angestelltenorganisationen aufgeführt werden sollen. Die Abgeordneten Anhalt und Göttern (Dn.) beantragen, an Stelle des Entwurfs die Erziehung eines nach allen Verhältnissen geliebten Reichsarbeiterorganisation als öffentliche Vertretung des gesamten Wirtschafters. In einem Artikel über Leben die Arbeiter die Vertretung der Arbeiter und Angestellten mit den Unternehmern an den Lohn und Arbeitsbedingungen und an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der Produktivkräfte vor. Die unabhängigen Frauen Agnes und Genossen beantragen die Wahl von Betriebsräte durch Arbeiter und Angestellte, die an der Vertretung der Betriebe entscheidend mitwirken und die Sozialisierung fördern sollen.

Abg. Dr. von Weizsäcker (Dn.): Der Rätegedanke ist der einzige neue politische Gedanke den die Revolution bis jetzt gebracht hat. Aber er ist ein Kind der russischen Revolution und hat in seiner Wirkung auf die Arbeiterbewegung und des Kapitalismus geführt. Der Rätegedanke enthält eine Reihe von Bestimmungen, die für uns unannehmbar sind. Trotzdem liegt in dem Gedanken ein Lebens, die auch bei uns Anfang gefunden hat, wenn sich die Entwicklung nämlich als ein Gegenstand gegen eine Überbannung des Parlamentarismus in der Richtung der Schaffung einer Berufsständigen Kammer heraus. Dringend warnen müssen wir vor jedem Versuch, die Beamten in all diesen Fragen der Angestellten gleichzustellen. (Beifall rechts)

Abg. Grottel (Dem.): Wir haben dem Räteistam grund-

sätzlich Sympathie gegenüber, wenn wir auch die Art und Weise bedenken, wie er in die Beratung hineingekommen ist, nämlich unter dem Druck der Straße. Wir lehnen es aber ab, diesen Vorschlag irgendwie positive Rechte zu gewähren. Wir können die Räte als Kontrollorgane der Demokratie nicht anerkennen. Wir sind dagegen für Arbeiterräte als Organe der sozialen Selbstbestimmung grundsätzlich wollen wir an dem Ausbau des Rätegedankens beteiligen. (Beifall bei den Demokraten)

Abg. Koenen (U.S.): So wie die Regierung den Rätegedanken in den Generalversammlungen des März verprochen hatte, daß sie ihn nicht auspeilt. Diese Vorlage wird keine Verhinderung schaffen. Die Arbeiter wollen ein schnelleres Tempo sehen. Reichsarbeiterminister: Schluß: Die Vorlage steht ganz wesentlich über das hinaus, was die Regierung verprochen hat. Allerdings hat sie niemals verprochen, daß sie politische Arbeiterräte schaffen will.

Abg. Grottel (Str.): Etwas Bedrücktes liegt in dem Räteistam, hoffentlich kommt bald die Zeit, wo wir uns im inneren Frieden zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Abg. Schneider-Schöns (Dem.): Die Angestellten dürfen nicht nach demselben Gesichtspunkte behandelt werden wie die Arbeiter. Abg. Dr. Hugo (D. Vot.): Der Ausbau der Arbeiterräte und damit die Überwindung des Klassenkampfes zwischen den Unternehmern und Arbeitern ist eine Voraussetzung für den Vorkaufsausverkauf untere Wirtschaft. Ueber das Räteistam erörtern sich noch eine sehr lebhaft Debatte, die sich bis in die letzten Abendstunden hinzieht. Die Beratungen werden erst gegen 11 Uhr abends abgebrochen und die Weiterberatung auf Dienstag morgen 10 Uhr festgesetzt.

Sekte Despoten.

Der Krieg der Militären gegen Ungarn.

Am 21. d. m., 21. Juli. Laut „Daily Telegraph“ aus Paris beriet der Rat der Kämpfer im Gegenwart von Jogh über die ungarische Frage. In Böhmen wurde am 12. Juli die allgemeine Mobilmachung befohlen. Die Truppenzusammenziehungen weisen deutlich auf einen Angriff auf die rumänische Front hin. Wie verlautet, soll General Mangin

die Führung aller verbündeten Seere, die gegen die Ungarn kämpfen werden, übernehmen.

Ausdehnung des Streiks in Amerika.

Am 20. d. m., 21. Juli. Laut „Telegraph“ melden „Times“ aus New York, daß außer dem Streik im New Yorker Hafen, von 500 Schiffen und an der Küste weitere 700 Schiffe in Illinois, auch in Chicago 100 000 Arbeiter der Bewegung ausgesetzt werden. Nach dem 30 000 Arbeiter infolge von Streikforderungen die Arbeit niedergelegt hatten. Zu Solon streiken die Straßenbahn-Angestellten und 100 000 Arbeiter der Zigarrenindustrie.

London, 21. Juli. (Reuter.) Der Streik der Postkassen-Bergerarbeiter hat sich ausgedehnt. Er umfaßt jetzt 200 000 Arbeiter.

Der Kampf um den Frieden in Amerika.

Amsterdam, 20. Juli. Laut Pressebureau Radio melden die New-York Times: Präsident Wilson halte die Beratungen, die zur Klärung dienen, für das Hauptverbot für die baldige Ratifizierung des Friedensvertrages. Der Präsident sei der Ansicht, daß die irrtümlichen Darstellungen und Mißverständnisse für den dem Vorkaufsausverkauf entgegengebrachten Widerstand verantwortlich sind. Senator Hitchcock erklärte, er sei der Ansicht, die Opposition könne nicht genügend Stimmen aufbringen, um den Friedensvertrag abzubrechen.

Spannung zwischen Amerika und Japan.

Kopenhagen, 20. Juli. Daily Express meldet aus Washington, daß im amerikanischen Senat scharfe Angriffe gegen Japan gerichtet wurden. Wenn Japan weiter seinen eigenen Kurs verfolgt, dürfte dieses Land ein neues Deutschland werden und die Militären würden dafür schwer büßen müssen. Im Senat herrscht eine starke Neigung, gegen den Schantung-Vertrag vorzugehen.

Walhalla-
Operntheater.
Nur noch 4 Aufführungen!
Kurzes Gastspiel des Opernten-Tenors
Hermann Feiler
vom Thalia-Theater in Hamburg.
Ihre Hoheit — die Tänzerin.
— Präzise 7 1/2 Uhr.
Kasse von 10—1 1/2, und 4—4 Uhr.
In Vorbereitung:
„Die Keine“.
Der größte Lacherfolg! Von Walter W. Goetze.
Hauptrolle: Dr. Felix Meinhard als Gast.

Wintergarten
Hippodrom
Direktion:
Georg Arndt.
Königsbergerstr. 66 — Fernsprecher 2185
Kassenschein des anerkannten Variété-Programms
Höflich

Damen-Ringkampf
Heute Dienstag Abend ringen:
Vera Tarnow gegen Edelgard Rauenstein
Emmi Winter gegen Clara Waldau
Endscheidungskampf:
Agnes Walter gegen Aenne Elmert
Morgen Mittwoch ringen:
Hilde Gerland gegen Vera Tarnow
Edelgard Rauenstein gegen Emmi Winter
Erna Hohenfels gegen Aenne Elmert
Im Garten täglich bei gutem Wetter
gr. Reit- und Sportfest.
Für Kinder bedeutend ermäßigte Preise.

Soeben erschienen!
Neue W. T. B.-Karte
Deutschland und Deutsch-Oesterreich
... nach dem Friedensschluß ...
... auf Grund amtlicher Quellen bearbeitet.
Die Karte enthält:
Das deutsche Sprachgebiet sowie die gesamten Angaben der ursprünglichen Forderungen der Entente u. der tatsächlichen Zugeständnisse.
== Zum Preise von 1,00 Mark ==
durch unsere Expedition zu beziehen.

„Tutti Frutti“
Saitpressen
sind die besten sehr preiswert.
C. F. Ritter,
Lieferstraße 90.
Kuchsfäde
zu jedem Impr. Kleinsten
bestimmt abgegeben.
M. Steinhorst,
Rudolfsbergstr. 3.

Stirnhaube
aus Gaze in allen Größen
Sobel,
Steinweg 45,
Gr. Ulrichstr. 1
Reißer 1
Wunderberg:
Zeilhofstr. 3.

Sozialdemokratischer Verein f. Halle u. Saalkreis.
(Alte Partei.)
Oeffentliche Versammlung
am Donnerstag, den 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Hirsch“, Leipzigerstraße 63.
Thema:
Kampf um die Schule.
Kampf um die Verfassung.
Redner: **Genosse Dr. Quark, Frankfurt a. M., M. d. N.**
Freie Aussprache.
Männer und Frauen von Halle. Der Kampf um die Schule und um die Verfassung steht im Mittelpunkt des politischen Lebens. Dr. Quark ist als berufener Sachkenner allgemein bekannt. Deshalb erhebe jeder, dem das Wohl der Schule, das Wohl des neu in Deutschland am Herzen liegt, in dieser wichtigen Versammlung.
Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer.
Sozialdemokratischer Verein Halle.

Das Recht der freien Liebe!!
Vortrag von **P. Schlaudraff-Haiger**
am Dienstag, den 22. Juli 1918 abends 8 1/2 Uhr
in den Thalleestuben, Geißestraße 42.
Eintrittspreis: 1. Platz 5 M., 2. Platz 3 M., 3. Platz 1 M.
Eintrittskarten im Vorverkauf zu haben bei: Carl Sellberg,
Gr. Ulrichstr. 35, Ecke Alte Promenade und an der Brä. Kasse.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. *4464

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27
Empfehlenswerte Schriften belehrend und unterhaltend Charakter:
Die Gleichheit Zeitschrift zur Verlebung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer ... 15 Pf.
In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von ... 20 Pf.
Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-sozialistische Wochenschrift, die einzelne Nummer ... 20 Pf.
Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer ... 20 Pf.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zudek. Ca 50 verschiedene Bändchen ... 20 Pf.
Für die Schneiderei:
Modensetzung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei / Sonntagszeitung / Deutsche Modensetzung
— Bestellungen nehmen unsere Austräger entgegen. —

Stadt-Theater
Mittwoch, d. 23. Juli 19,
Anf. 7 1/2, End. 9 1/2, Uhr:
Kümmelblüthen.
Eine heitere Geschichte von Overweg.
Donnerstag:
Carmen.

Apollo-Theater
Mittwoch, d. 23. Juli 19,
Anf. 7 1/2, End. 9 1/2, Uhr:
Kümmelblüthen.
Eine heitere Geschichte von Overweg.
Donnerstag:
Carmen.

Bad Wittekind.
Dienstag, den 22. Juli 19,
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Kurkonzert
ausgeführt von der
Kapelle des F.H.L.
Regio. Nr. 36.
Setzung:
Kapellmeister **D. Haupt.**
Musikanten:
für Orchester 11 — M.
Kinder 0 50
Dauerkarten h. Gültigkeit.

Wiener Blut.
Operette v. Joh. Strauß.
Gabrielle
...
Emmy Sturm a. G.
Vorher: 9. 1. u. 5. 17.

Bad Wittekind.
Dienstag, den 22. Juli 19,
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Kurkonzert
ausgeführt von der
Kapelle des F.H.L.
Regio. Nr. 36.
Setzung:
Kapellmeister **D. Haupt.**
Musikanten:
für Orchester 11 — M.
Kinder 0 50
Dauerkarten h. Gültigkeit.

Derbe Rosensträger.
besonders preiswert.
Gummi-Rosensträger
wieder eingeführt.
Dauerhafte u. Vertriebs
St. Berlin 2.
Ecke Sternstraße, 5170

Stadt-Theater.
Dienstag, den 22. Juli 1918,
Anfang 6 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Ring des Nibelungen.
3. Tag:
Götterdämmerung
von Richard Wagner.
Gäste:
Kapellmeister **Fritz Reiner,** Dresden.
Kammersänger **Fritz Vogelstrom,** Dresden.
Kammersänger **Friedrich Plaszchke,** Dresden.
Kammersänger **Georg Zottmayr,** Dresden.
Ernst Possanyi, Leipzig.
Kammersängerin **Zdenka Fahlbender-Mottl,** München.
Lilly Halgren-Waag, Berlin.
Kammersängerin **Frieda Schreiber,** Leipzig.

Wärzen, Lederhosen
bestellt: schmerzlos und barbiert
Kosmetik „Fara“
nur Gr. Ulrichstr. 471
Gr. 10-7.

Schling der Ungenügen
Annahme 10 Uhr.

Stellen finden.
Tüchtiger, selbständiger
Kesselschmied
desgleichen
Stemmer
sollt für dauernde Arbeit gesucht. Wohnung mit Gartenland vorhanden. 5316
Bübing, Aktiengesellschaft, Maschinenfabrik,
Landsberg, Bez. Halle.

Rock-
Rosen-
Tag-
Ernst Rulfes,
MERSEBURG.

Seit ausgebildet
Möbel aller Art
Schöne, schillernde, preiswerte, kunstvolle, in allen Holzarten, in allen Größen, in allen Farben, in allen Preisen.
R. Sadze, Bübingstr. 7.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 19. Juli.

Präsident Reimert eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. In der Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung mit, sie habe mit ihrem Erlaß über die Entziehung der hohenpolizeilichen Erlasse aus den Händen nicht die Politik in die Schule einbringend, sondern politisches Treiben in der Schule unterbinden wollen.

Zur Beratung steht die Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterloshütten bei der Eisenbahnverwaltung.

Minister Dejer: Die Lohnordnung muß umgearbeitet und ein Beharrungszustand herbeigeführt werden. Hier handelt es sich um Mißbräuche, wofür nur die Maßnahmen erforderlich sind. Wenn die Zeit für die allgemeine Neuregelung der Lohnverhältnisse gekommen sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Jedoch müssen wir zunächst eine weitere Senkung der Lebensmittelpreise anbahnen und uns mit Beschlüssen und Feuerungsanlagen beschäftigen müssen. Mit Rücksicht auf den Winter sind wir noch nicht versorgt. Wir müssen dem Winter mit großen Sorgen entgegen, wenn nicht Ruhe und Arbeitsfreudigkeit überall wieder einkehrt. (Beifall.)

Abg. Schubert (Soz.) empfiehlt einen von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten eingebrachten Antrag, der von der Regierung unter Anwendung großer Mittel unternommenen Schritte zur Senkung der Volksernährungslosigkeit billigt, die Regierung ersucht, an den jetzigen Vorschlägen solange nichts zu ändern, bis nach Vereinbarung mit den Vereinigungen eine neue Volksernährung einleitet und die schädliche Errichtung eines Volksernährung für erforderlich erklärt.

Abg. Dallmer (D. Vpt.): Lehnen den Antrag ab.

Abg. Paul Hoffmann (U. S.): Geben Sie den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht, dann wird auch Arbeitsfreudigkeit wieder einkehren.

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag auf Errichtung einer Provinz in Ostpreußen wird an einen Ausschuss verwiesen, der unter Leitung des Hrn. Böttcher die Förderung des Selbstbestimmungsrechts wird angenommen.

Zweiter und dritter Antrag angenommen wird die Vorlage über Maßnahmen anlässlich der Gebietsveränderungen und der Ausführung des Friedensvertrages.

Darauf wird die zweite Tagesberatung beim Ministerium des Innern fortgesetzt.

Abg. Kassel (Dem.): Es muß auf eine Vermehrung der Erzeugnisse Bedacht genommen werden. Senkung der Einzelpreise möglichst ist, darf den Arbeitern nicht verschlagen werden. Denn das wäre nur ein zeitweiliger Auslass der Angst.

Abg. W. H. H. (Soz.): Die Aufhebung der Zwangsverwaltung und die Wiederherstellung des freien Verkehrs und Handels sind erforderlich. Der Minister meint, zum Wiederaufbau sei geradezu ein Panikzustand der Arbeit notwendig. Mit dem Arbeitsvertrag und der Arbeitslosenversicherung wird er nicht fertig zu gehen.

Abg. Lichtenstein (U. S.): Die Faltung der Regierung ist schwächlich und unehrlich. Redner verbreitet sich ausführlich gegen die Darlegungen des Ministers.

Abg. Woldenhauer (D. Vpt.): Wir begrüßen den Antrag Friedberg, der die Jugendlichen vor den verführerischen Einwirkungen unangelegener Schaulustigen zu schützen will. Die Regierung hat leider vielen ihrer schönen Worte noch nicht die Tat folgen lassen. Die Beratung schließt. Der Etat des Ministeriums des Innern wird angenommen. Die Abstimmung über die Anträge wird erst nach den Ferien stattfinden. Die Entscheidung des Ausschusses zugunsten einer Fortsetzung der die als Ersatzvorbringen vertriebenen Feuerwerke und die Stillhaltung aus dem Osten wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung spätestens am 16. September.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

WITB. Berlin, 19. Juli. Der Ministerpräsident der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die nächste Sitzung erst am 16. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums des Innern gesetzt.

Halle und Saalkreis.

Halle, 22. Juli 1919.

Achtung! Funktionäre, Bezirksführer, Stadtverordnete und Agitationskommissionen.

Dienstag abend 7 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, eine außerordentlich wichtige Sitzung statt. Der Vorstand ersucht alle Einzelgänger, pünktlich zu erscheinen.

Um das Gehalt des Oberbürgermeisters.

Trotz des von den Unabhängigen proklamierten „Generalstreiks“ logte die gelährte Stadtverordnetenversammlung. Hoffentlich werden die im Stadtparlament erschienenen Mitglieder der Streikerei die für die Sitzung erhaltenen Spenden, als Sühne für den Streikbruch in den großen Opferport der U. S. P. Ehrenhaft merkte man es den U. S. Deuten an, daß das von der Demotisation erzeugte „Hochgefühl“ in ihrem Eufan noch nachdehnt und in die vorliegende Sitzung plägte der Vorwurf des Gen. Vobrasch über die „hinfällige Schätzung“ ihres einzigen Gutes, der Arbeitskraft wie eine Bombe hinein. Sofort riefen die Kämpfer der U. S. auf den Plan. Herr Fildibrand domerte die bürgerlichen Blätter über die Vorgehensweise über die französischen Proteststreik an und es hatte den Anschein, als gäube er tatsächlich an den internationalen Generalstreik. Riechlich schimpft heute Herr Fildibrand nicht mehr auf die Blätterwunden, sondern deren Urheber, die „internationalen Sozialisten“ in Frankreich usw. — Im Kapitel VI des „Hausgesetzes“ (Allgemeine Verwaltung) heißt dann die lange angeführte Generalbestimm. Herr Fildibrand eröffnete den Reigen und forderte vom Oberbürgermeister Rechenschaft, in dem er ein langes Sündenregister vorlas. Der Schluß war jedoch wieder eine große Geste, die besonders den Tribunenbesuchern imponierte, nämlich die Verweigerung der Gehälter des Oberbürgermeisters und einiger Magistratsbeamten. Herr Riese meinte, daß er nicht um Günst und Vertrauen buhle und verantwortete sich auf seine Weise. Die leere Drohung der Unabhängigen hat praktisch keinen Wert und auf den im Westgas erzeugten Sturm brauchten sich die Unabhängigen nicht einzuübeln. Wie die Verwaltung demotisiert werden kann und praktische Erfolge für die Regierung zu erzielen, zeigte der Antrag, Herrn Fildibrand zu entlassen über die Errichtung einer Verwaltungskommission, die aber wie alle Arbeit die praktischen Nutzen schafft, von den „konsequenten“ Unabhängigen abgelehnt wurde. Die Sitzung ging dann immer mehr ins Hochpöhlische über, in dem sich besonders Herr Albrecht auf dem hohen Pferde fühlte. Er sang seine altschönen Arien von der „einzigen wahren“ sozialistischen Partei, der U. S. P. und sprach wieder (wie auf dem Markt am Vormittag) von der Barbarei. Durch die Redewort verschieder Stadtverordneten, besonders auf der ganz linken Seite, jagte die Sitzung wieder (wie immer) weit hinaus und die Tagesordnung riefte nicht vom Kapitäl VI, denn die Unabhängigen waren heute auf den richtigen Terrain gekommen (wie es immer ist, wenn ein erst unabhängiges Maul in die vorgeführte Bewegung kommt). Riese, es galt sein Plakaten des Vorlesenden. Der wichtige Haushaltsrat war hat vergessen und die Kämpfer prügeln auf den „Riese“ loszuziehen, um, daß seine „Lust“ war und die Verleumdung halb die Tagesordnung und die Hälfte beiseite räumt. Trotzdem wurde immer noch tüchtig „gebetet“, als nach 9 Uhr der Proteststill verfallen, leer und friedlich im Saal stand. Der gelährte Abend brachte zum hundertsten Male den Beweis, daß die ungelährten Kraftstellungen der Unabhängigen zum „Wohle“ der arbeitenden Bevölkerung nur in immer und immer wiederholten „Reben“ bestehen. Jeder kritische Vektor der Tagespresse kann die tatsächliche Arbeit der Unabhängigen sehen und wird nur Steine in dieser Wüste finden.

Sitzung der Stadtverordneten am 21. Juli.

Der Herr Hennig las nach Eröffnung der Sitzung einige Urlandsbeschlüsse, die genehmigt wurden. Ferner teilte er mit, daß Stadtrat Kinné als 2. Bürgermeister nach Frankfurt a. O. gegangen ist. Es muß deshalb in Kürze eine Neuwahl zur Verabschiedung der letzten Stadtsitzung stattfinden. Ein Gehaltsbescheid über den Gehaltszuschuß wurde der Tagesordnung übergeben. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten ging man zur Tagesordnung über. Herr Finger (D. V.) begründete den Antrag seiner Fraktion, einen Satz in die Geschäftsordnung einzufügen, daß die Stadtverordnetenversammlung und Sitzung in allen Angelegenheiten nach dem Inhalt der Protokolle mündlich zu verhandeln hat. Weiter soll der Protokollführer an der Spitze der Versammlung gewählt werden. Gen. Gering meinte, daß dieser Antrag doch sehr überholt werden müsse, da die heutige Geschäftsordnung nur ein Protokollführer und eine Vertretung bringend bedürftig. Ein Satz jedoch, den der Antrag dem Verfallungsausschuß zu übermitteln, dem die Versammlung zustimmt. Weiter wurde nach den gebrachten Vorschlägen ein Schlußbeschluß gefaßt, der nun nach der Genehmigung an den Herrn Hennig übergeben wurde. Der Herr Hennig teilte mit, daß die heutige Geschäftsordnung nur ein Protokollführer und eine Vertretung bringend bedürftig. Ein Satz jedoch, den der Antrag dem Verfallungsausschuß zu übermitteln, dem die Versammlung zustimmt. Weiter wurde nach den gebrachten Vorschlägen ein Schlußbeschluß gefaßt, der nun nach der Genehmigung an den Herrn Hennig übergeben wurde.

meint, daß dieser Antrag doch sehr überholt werden müsse, da die heutige Geschäftsordnung nur ein Protokollführer und eine Vertretung bringend bedürftig. Ein Satz jedoch, den der Antrag dem Verfallungsausschuß zu übermitteln, dem die Versammlung zustimmt. Weiter wurde nach den gebrachten Vorschlägen ein Schlußbeschluß gefaßt, der nun nach der Genehmigung an den Herrn Hennig übergeben wurde. Der Herr Hennig teilte mit, daß die heutige Geschäftsordnung nur ein Protokollführer und eine Vertretung bringend bedürftig. Ein Satz jedoch, den der Antrag dem Verfallungsausschuß zu übermitteln, dem die Versammlung zustimmt. Weiter wurde nach den gebrachten Vorschlägen ein Schlußbeschluß gefaßt, der nun nach der Genehmigung an den Herrn Hennig übergeben wurde.

Auf Antrag des Vorlesers wird der Rechts- und Verwaltungsausschuß die Mahlen vorbereiten, die bis zum 31. August erledigt und soweit möglich von dort eintreffend. Ferner sind die Mahlen zu prüfen. Es wurde nun der Haushaltsplan genehmigt, bei dem folgenden Ziffern in Rechnung gestellt sind: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Auf Antrag des Vorlesers wird der Rechts- und Verwaltungsausschuß die Mahlen vorbereiten, die bis zum 31. August erledigt und soweit möglich von dort eintreffend. Ferner sind die Mahlen zu prüfen. Es wurde nun der Haushaltsplan genehmigt, bei dem folgenden Ziffern in Rechnung gestellt sind: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 2

